

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
26 (1912)**

185 (10.8.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-550383](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-550383)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 24, Fernsprecher 580.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Beleglohn 75 Pfg., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mkt., für zwei Monate 1,50 Mkt., monatlich 75 Pfg., einschließlich Beleglohn.

— Mit —  
Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die schlaggehaltene Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechende Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Schlagbestimmungen unentgeltlich. — Reklamazeile 50 Pfg.

26. Jahrgang.

Rühringen, Sonnabend den 10. August 1912.

Nr. 185.

## Schulsystem und Unterrichtserfolg.

Vor einiger Zeit erregte die Kadrist erhebliches Aufsehen, daß die Stadt Berlin die Absicht habe, ihr Schulwesen aus dem achtstufigen System wieder zum siebenstufigen System zurückzuführen. Angeblich sollte sich das achtstufige Schulsystem nicht bewährt haben. Nach einer späteren Meldung sollen die Berliner Schulbehörden von diesem Schuländerungsbeschlusse zurückgekommen sein oder ihn überhaupt nicht beabsichtigt haben.

Es wäre allerdings auch ein sehr ungläubliches Beispiel rückwärtschreitender Schulpolitik gewesen, wenn Berlin die mühsam errungene Fortentwicklung seines Schulwesens zum achtstufigen Schulsystem wieder zerstört hätte. Obwohl kann die natürliche Forderung, daß jede gleichzeitig eingeschulte Schülergeneration in ihre eigene Klasse und ihren eigenen Lehrer hat, in kleinen und entlegenen Dörfern nicht ohne weiteres durchgeführt werden. Wenn in einem Orte nur 10 oder 20 schulpflichtige Kinder sind, so verlangen auch wir nicht, daß jeder Jahrgang in einer Klasse für sich von seinem Lehrer unterrichtet wird. Aber in mittleren und vor allen Dingen in großen Städten muß mit größter Entscheidung das achtstufige Schulsystem gefordert werden. Wenn es hier noch wenig durchgeführt ist, so liegt das daran, daß die städtischen Behörden und Kollegien an einem gut ausgebildeten Volksschulwesen nur ein mangelhaftes Interesse haben.

Das Statistische Jahrbuch deutscher Städte bringt in seiner neuesten Veröffentlichung Beiträge zu den Unterrichtserfolgen der sechs-, sieben- und achtstufigen Schulsysteme, die bei der Stadtkommunalverwaltung bekannt sind. Die Frage der Schulorganisation. Lehrer Schwarz in Berlin-Schöneberg, in den statistischen Blättern einer gründlichen Besprechung unterzieht. Aus den Ergebnissen der statistischen Zusammenstellung ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die achtstufige Schule auf dem Warde ist, wenn auch dieser Warde vorläufig leider noch in einem sehr langsamen Tempo vor sich geht. Die Zahl der Städte mit achtstufigem Schulsystem nimmt zu, die Zahl der Städte mit sieben- und sechsstufigen Schulsystemen geht zurück. Ferner aber lassen die Ergebnisse deutlich die außerordentlich erhebliche Überlegenheit des achtstufigen Schulsystems über die weniger geliebten Schulen erkennen.

Amor unterteilt sich die Höchstzahl der aus der obersten Klasse Entlassenen nur unwesentlich bei den drei Schulsystemen; im achtstufigen Schulsystem Leipzigs beträgt sie 79 vom Hundert, im siebenstufigen Düsseldorf 77 v. H. und im sechsstufigen Baden 78 v. H. Aber um dieses Scheinbare gleiche Resultat zu erzielen, mußte die durchschnittliche Besetzungsziffer im achtstufigen Leipzig 96 v. H., im siebenstufigen Düsseldorf 87 v. H. und im sechsstufigen Baden nur 76 v. H. betragen. Diese Besetzungsziffern lassen deutlich die überlegene Leistungsfähigkeit im achtstufigen Schulsystem erkennen.

Die niedrigsten Zahlen der aus der obersten Klasse Entlassenen weist unter den Städten mit achtstufigem Schulwesen Barmen mit 46 v. H., unter den Städten mit siebenstufigem Schulwesen Göttingen mit 31 v. H., und unter den sechsstufigen Schulwesen Dörmig mit 22 v. H. auf. Aber auch diese Zahlen erhalten erst ihre Bedeutung, wenn man die Besetzungsziffern daneben hält. Sie betragen im Durchschnitt beim achtstufigen System 90 v. H., beim siebenstufigen 75 v. H. und beim sechsstufigen nur 64 v. H. Die Überlegenheit des sechsstufigen Systems (siehe Dörmig) ist sonach nur eine Scheinbare; denn in der Durchschnittsverteilung sieht das Ergebnis der sechsstufigen Schule gegen die siebenstufige um 11 v. H., gegen die achtstufige aber sogar um 26 v. H. zurück. Schwarz sagt: mit Recht. Haben schon die Ergebnisse der höchsten Leistungen das Übergewicht des achtstufigen Systems deutlich erwiesen, so zeigt die geringste Leistung in den verschiedenen Systemen das Übergewicht dieses Systems in so bedeutender Maße, daß man es nicht verstehen kann, wie eine Stadt noch zögern kann, das achtstufige System einzuführen.

Der Vorzug des achtstufigen Schulsystems zeigt sich auch darin, daß bei ihm der Prozentsatz der Kinder, die die achtjährige Schulpflicht nicht absolvieren, am geringsten ist. Wenn man einige Städte der Statistik auswechnet, für die besondere Verhältnisse vorliegen, so ergibt sich die Tatsache, daß sich die vorzeitigen Entlassungen bei den Schulen mit acht Klassen zwischen 0,23 bis 3 v. H. bewegen, bei den siebenstufigen Schulen zwischen 2 und 57 v. H. bewegen.

Auch in der Frage der durchschnittlichen Besetzungsziffer der Klassen haben die achtstufigen Schulsysteme an der Spitze. Sie schwanken zwischen 96 (Freiburg) und 57 (Effen); fünf Frequenzen liegen zwischen 30 und 39, 11 zwischen 40 und 49, 9 zwischen 51 und 59, über 60 Durchschnittsbesetzungen hat keine Stadt. Das Hauptgewicht liegt zwischen

40 und 49. Im siebenstufigen System schwankt die Klassenfrequenz zwischen 43 und 61, und zwar liegen 7 Frequenzen zwischen 43 und 49, 14 zwischen 50 und 59, und 3 zwischen 60 und 61. Hier liegt also das Hauptgewicht zwischen 50 und 60. Beim sechsstufigen System liegen die Besetzungsziffern zwar ähnlich wie beim achtstufigen System, doch wird dieses verhältnismäßig günstige Ergebnis hauptsächlich durch die Einführung von Parallelklassen erreicht. Wie wenig die Unterrichtserfolge des sechsstufigen Systems trotz der annähernd gleichen Klassenfrequenz mit denen des achtstufigen Systems konkurrieren können, ergibt die schon mitgeteilte Spannung in den Besetzungsziffern. Weicht doch die beste Leistung des sechsstufigen Systems noch um 18 v. H., die schlechteste gar um 26 v. H. hinter dem achtstufigen System zurück. Eine niedrige Klassenfrequenz ergibt demnach noch nicht ohne weiteres bessere Unterrichtserfolge. Eine mangelhafte Gliederung des Schulsystems kann die Vorteile einer geringeren Klassenbesetzung wieder zunichte machen. Das Streben sozialdemokratischer Schulpolitiker muß deshalb darauf gerichtet sein, niedrige Klassenfrequenzen bei achtstufigem Schulsystem zu erreichen. Schwarz will die Durchschnittsziffer für die Klassenbesetzung auf 40 bis höchstens 45 bemessen. Diese Ziffer ist noch um 10 zu hoch. Mehr als 30 Kinder darf eine Klasse nicht enthalten, wenn der Lehrer die Möglichkeit behalten soll, jedem Kinde seine Aufmerksamkeit zu widmen und es nach seiner Individualität zu behandeln.

Eine beliebige Ausrede vieler städtischer Behörden, mit der sie sich um die Einführung des achtstufigen Schulsystems hinwegzudrücken suchen, besteht in der Behauptung, das achtstufige System sei teurer als die beiden anderen Systeme. Selbst wenn diese Behauptung richtig wäre, so wäre sie kein Argument gegen die Einführung des besseren Schulsystems, sie beweist lediglich, daß auch liberale Stadtoberen jeden Pfennig in der Hand schnell herumbringen, ehe sie ihn im Interesse der Arbeiterklasse ausgeben. Aber die Behauptung ist nicht einmal richtig, wie die statistischen Erhebungen zeigen.

Die Durchschnittskosten für ein Schulkind bewegen sich bei den achtstufigen Systemen zwischen 65 und 124 Mark, und zwar unter 100 Mark bei 12, über 100 Mark bei vier Städten. Bei den siebenstufigen Systemen bewegen sich die Kosten für ein Kind zwischen 57 und 132 Mark, und zwar bei 15 Städten unter 100 Mark, bei vier Städten über 100 Mark. Im übrigen soll aber angegeben werden, daß sich diese Zahlen nicht ohne weiteres mit einander vergleichen lassen, da für die Errechnung der Durchschnittskosten für ein Kind Beträge mit in Anrechnung gebracht werden müssen, die mit dem Schulsystem an sich nichts zu tun haben.

Die Statistik enthält auch Angaben über die Kosten des Schulwesens der Städte auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, und zwar sowohl über die Kosten des Volksschulwesens allein, als auch für alle Schulen. Aus den Differenzen der Zahlen lassen sich die Kosten für das höhere Schulwesen allein erkennen. In mehreren Städten kostet das städtische höhere Schulwesen fast ebensoviel, wie das gesamte Volksschulwesen. Das liegt dies in der Hauptsache daran, daß in solchen Städten ein hoher Prozentsatz der schulpflichtigen Kinder die höheren Schulen besucht, so in Wiesbaden 44 v. H., in Frankfurt a. M. 35 v. H., in Halle 41 v. H., in Dresden 31 v. H., in Freiburg i. Br. 39 v. H., in Wilmersdorf 48 v. H., in Charlottenburg 31 v. H., in Schöneberg 42 v. H. Die Städte, in denen die Ausgaben für das Volksschulwesen den größten Bruchteil der Gesamtausgaben ausmachen, sind zugleich auch die Städte, in denen der Prozentsatz der höheren Schüler ein geringerer ist, so Effen mit 12 v. H., Jülich und Nürnberg mit 15 v. H., Chemnitz mit 14 v. H., Gelsenkirchen mit 5 v. H. Man braucht sich nur den Charakter der beiden Städtegruppen vorzustellen, um diese Verhältnisse zu begreifen. In der ersten Gruppe wiegen die wohlhabenderen Kreise, Rentiers, Beamte und der sogenannte „neue Mittelstand“, die Städte der zweiten Gruppe sind Industriestädte mit starker Arbeiterbevölkerung. Und wieviel die Kosten für die höheren Schulen auf den Kopf des Schülers berechnet, höher sind, als für die Volksschulen, läßt sich aus den Angaben leider nicht ersehen. Alles in allem ergibt die Statistik, daß an dem städtischen Schulwesen im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung noch sehr viel zu bessern ist. Gewiß steht es im städtischen Schulwesen nicht so arg aus wie in den Schulen öffentlicher Besitztümer. Aber das ist ein besonderes Verdienst der Städte. Sie sind durch die Bedürfnisse der städtischen Verufe zur Einrichtung besserer Schulen genötigt worden. Außerdem drängt die großstädtische Arbeiterkraft ständig auf Verbesserung des Schulwesens. Wir die Vertreter der Arbeiter in den Stadtverordnetenkollegien nicht unangekündigt kritisieren und Ver-

besserungen anregen, so läßt es auch im Schulwesen der Städte noch viel schlimmer aus als heute.

Wie schwer es fällt, die schwerfälligen städtischen Behörden in der Richtung des Schulfortschrittes weiter zu treiben, zeigt das langsame Tempo im Ausbau der Schulen zum achtstufigen System. Mögen die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Ergebnisse der neuesten Statistik benutzen, um dieses Tempo etwas zu beschleunigen.

## Politische Rundschau.

Rühringen, 9. August.

### Die Angestelltenversicherung.

In einem Erlaß der preussischen Minister des Innern und des Handels an die Oberpräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten wird darauf hingewiesen, daß eine möglichst große Beteiligung der Angestellten an den Wahlen der Vertrauensmänner erwünscht ist. Da die Beteiligung an der Wahl vom Besitz einer Aufnahmekarte abhängig ist, soll die Ausgabe der Karten durch die Ausgabeämter möglichst noch in diesem Monat erfolgen. Die Wahlen sollen so rechtzeitig abgeräumt werden, daß sie noch in der zweiten Hälfte des Monats Oktober stattfinden können. Es wird anbefohlen, den Wünschen der Angestellten, die Wahlen an einem Sonntage abzuhalten, Rechnung zu tragen. Mit der Ausgabe der Aufnahmekarten und der Ausstellung der Versicherungskarten hat der Handelsminister die Kreispolizeibehörden beauftragt; in Gemeinden mit königlicher Polizei haben die Gemeindevorstände die Ausgabe und Ausstellung der Karten zu bewirken. Verpflichtet zur Ausgabe ist diejenige Stelle, in deren Bezirk der Versicherte beschäftigt ist. Jeder Versicherte muß sich von seiner Ausgabeämter Vorbrude einer Aufnahme- und Versicherungskarte nicht den zugehörigen Belegungen über die Ausstellung geben lassen und beide Vordrucke ausfüllen. Arbeitgeberern können in entsprechender Zahl Vordrucke für ihre Angestellten ausgehändigt werden.

### Deutsches Reich.

Ein schwarzes Blatt der Berliner politischen Polizei wird durch den am Mittwoch erfolgten Tod des früheren Kriminalkommissars Eugen von Tausch wieder aufgerollt. v. Tausch war, wie die „Tägl. Rundschau“ erinnert, Chef der Berliner politischen Polizei, als am 28. September 1896 die „Welt am Montag“ behauptete, der kurz zuvor veröffentlichte Parentoak in Breslau, dessen Text später richtiggestellt wurde, sei vom Grafen Eulenburg im Interesse Englands gefälscht worden. In einer späteren Nummer brachte die „Welt am Montag“ die Kadrist, ihre erste Mitteilung sei falsch gewesen, der Artikel sei auf Herrn v. Marischall, den damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, zurückzuführen, der gegen die persönliche Umgebung des Kaisers habe intrigieren wollen. An diese Mitteilungen knüpfte sich der Prozess gegen den „Journalisten“ Paul Ledert und den Schriftsteller Baron Karl v. Lütow. Ledert und Lütow waren Agenten des im Auftrage des damaligen Vorkämpfers in Wien Eulenburg handelnden Chefs der politischen Polizei, der eine ausgedehnte Antrage gegen das Auswärtige Amt angezettelt hatte. Marischall entließ sich zu der zu verurteilt gewordenen Klage in die Öffentlichkeit, und Ledert und Lütow wurden nach einem langen, an Sensationen überreichen Prozess am 7. Dezember 1896 zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Wegen einer Auslage über das Verhältnis des Ledert zum Auswärtigen Amt wurde Tausch während des Prozesses wegen dringenden Verdachts der Meinelösung verhaftet, im Hauptverfahren aber freigesprochen, da die Gegenzeugen die Bestimmtheit ihrer Aussagen so weit zurücknahmen, daß eine Schuldsprechung nicht erfolgen konnte. Immerhin brachte der Prozess derartige Enthüllungen über die Intrigen zwischen den einzelnen Ressorts, daß sogar die Freisprechung einer Verurteilung des „Systems v. Tausch“, wie Marischall es in seiner berüchtigt gewordenen Reichstagsrede vom 5. Februar 1897 bezeichnet hatte, gleichsam Tausch schied aus dem Amte und ist nun im Tod stehend im Alter von 68 Jahren gestorben.

Amtsverleher und Vereingelien. „Sollten Sie zu Kaiser, König und Vaterland und halten Sie es mit mir, dann können Sie auch Vergünstigungen abhalten!“ Diese gute Lehre gab der Amtsverleher von Heilbronn in St. Ulrich (Wahlkreis Merleburg) zwei Genossen, die sich zu dem Herrn begeben hatten, um die Vergünstigungen für ein geplantes Stiftungsfest des Arbeiter-Rudervereins zu erwirken. Da der junkerliche Amtsverleher ein so fanatischer Feind der in seinem Amtsverleher kräftig emporkommenden Arbeiterbewegung hinreichend bekannt ist, hatten

unsere Genossen garnicht erst um die Genehmigung einer Korffahrt als auch eines öffentlichen Feites nachgeacht. Aber auch die Abhaltung eines geschlossenen Vereinsorgans wurde verboten und um dem ungeschlichen Verbote den richtigen Nachdruck zu geben, postierte der Amtsoberster vor das Lokal nicht weniger als fünf Gendarmen, einen Amtsdienner und einen Kochwächter. Die Arbeiter kamen aber erst garnicht in die Begleitbarkeit, in das Bereich der Gendarmeninspektion und Radfahrüberwache zu geraten, denn der göstliche Wirt zog seinen Saal zu und behauptete, es sei ihm vom Amtsoberster eine Geldstrafe von 100 Mark und Verbannung der Festleistung angedroht worden.

Bei dem Radfahrkollegen des Herrn v. Hellhoff, dem Amtsoberster v. Hofe in Frankfurt, suchte der Radfahrverein Mithel um die Genehmigung einer Korffahrt durch das Dorf Bendorf nach. Das Gesuch wurde prompt abgelehnt wegen „Schädigung der öffentlichen Sicherheit“. In diesem Dokument heißt es u. a.: „Mit Rücksicht auf die zu diesem Zeitpunkt zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und den Sozialdemokraten andererseits kann bei einer solchen Herausforderung (?) der bürgerlichen Parteien durch die Sozialdemokraten, wie sie durch den geplanten Umgang stattfinden soll, die öffentliche Sicherheit nicht verbürgt werden. Es steht vielmehr zu befürchten, daß es bei dieser Gelegenheit zu Unmuthen kommen wird.“ Als weiteren Verweigerungsgrund führt der sündige Mann die angeblich sehr schmalen Stroden des Dorfes an, auch sei ein Grund zur Genehmigung des Umganges schon deshalb nicht ersichtlich, weil der Verein ein Lokal in Bendorf nicht besitzt.

Der Schlußsatz dieser Genossenschaft liegt nicht etwa in Ostfeien oder Modenbürg, sondern nur wenige Eisenbahnstationen von Halle und Leipzig entfernt, in einem Wahlkreis, bei der die Junker bei der letzten Reichstagswahl mit Glanz hinausflogen. Na, und da —

**Ein Ferienausflug — eine politische Demonstration.** Der Gemelinger Bildungsausschuss hatte kürzlich einen Ferienausflug für die schulpflichtigen Kinder veranstaltet. Um den Kindern eine besondere Freude zu bereiten, war ein Trommel- und Pfeiferkorps engagiert, das auf dem Wege nach Lützen — das war das Ziel des Ausfluges — und zurück marschieren sollte. Am Rande der Fiedelhaube, wo die Ordnung sehr leicht ins Wanken gerät, bedarf eine derartige Veranstaltung selbstverständlich der behördlichen Genehmigung. Was antwortete aber der Landrat in Anbetracht dem Gemelinger Bildungsausschuss auf seine dahingehende Eingabe? Der Bildungsausschuss hat eine besondere Kommission des sozialdemokratischen Wahlvereins. Der von ihm geplante Kinder u m z u g (!) sei daher eine Veranstaltung dieses politischen Vereins, der solche Zwecke verfolgen nicht allein geseilliche Zwecke, sondern sei in der Hauptsache eine politische Demonstration. Er sei somit einer nicht geseilliche Zwecke verfolgenden Versammlung eines politischen Vereins gleich zu achten, an der Personen unter 18 Jahren nicht teilnehmen dürften. Da der Umgang aber ganz oder doch in der Hauptsache aus Personen unter 18 Jahren bestehen solle, laufe er den Bestimmungen des Reichsverfassungsgesetzes zuwider und sei darum zu verbieten. Bei diesem Verbot blieb es auch, als bei der Vorrichtung des Gemelinger Bildungsausschusses dem Landrat schriftlich auseinandergesetzt hatte, daß der Ausschuss keine besondere Kommission des sozialdemokratischen Vereins lie, sondern aus Delegierten der Gewerkschaften und des sozialdemokratischen Vereins bestche, keine Politik betriebe und demnach auch gar keine Urlaube habe, politische Demonstrationen zu veranstalten. Daß der Ferienausflug trotz dieses Verbots stattgefunden hat, braucht wohl kaum mehr gesagt zu werden, nur die Mühe müßte der Bildungsausschuss zu Hause lassen.

Im übrigen beweist dieses Beispiel einmal wieder, wo zu ein „liberales“ Reichsvereingesez von einem preussischen Landrat gebraucht werden kann.

**„Kopfflose Verwirrung“ als Grund zum Verbot eines öffentlichen Umganges.** Der Bürgermeister von Remberg (Kreis Wittenberg) verlagte den freien Gewerkschaften die Genehmigung zu einem aus Anlaß des Gewerkschaftsfestes geplanten Umgange, weil „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ zu befürchten sei. In der „Begründung“ heißt es: „Schon die Teilnahme von Kindern an einem öffentlichen Umgange, der politischen Zwecken dienen soll und in diesem Sinne von den Zuschauern alsbald angefaßt werden wird, ist geeignet, die öffentliche Sicherheit insofern zu gefährden, als die Kinder, da sie bei entstehenden Reibereien oder Schlägereien am meisten zu leiden haben werden, erfahrungsgemäß in kopffloser Verwirrung sich und andere, auch event. die Zuschauer an der Gesundheit schädigen. Im Uebrigen wird der geplante Umgang, dessen besondere Berechtigung nicht anerkannt wird, durch Verhinderung der Vorteilsgegenstände die Gemüter erhitzen, was die öffentliche Sicherheit gefährden dürfte.“ Man könnte über solche Begründung lachen, wenn die Sache nicht so tief ernst wäre.

**Eine neue Einnahmequelle der Steuerbehörden.** Im Wahlkreis Koblenz-Wehlau hatte sich der Grundbesitzer Rentier Hermann Dunkel an der liberalen Wahlkommission im Kreise beteiligt, was die konervative Steuerbehörde sofort veranlaßt hat, ihn höher zu besteuern. Als er gegen seine Veranlagung Einspruch erhob, wurde ihm im Berufungsentcheid mitgeteilt, daß die Steuerbehörde 800 Mark Einnahmen aus der Wahlkommission angelegt habe (!). Der Rentier ging zum Landrat, der Vorsitzender der Veranlagungskommission ist, und erklärte hier an Eidesstatt, daß er aus seiner Wahlkommission keine Einnahmen gehabt habe, worauf der Landrat sagte: „Dann gehören Sie zu den Wenigen, die es ohne Bezahlung maden!“ Später mußte der Rentier noch eine schriftliche Bekheingung vom Bureau der liberalen Partei darüber bringen, daß er tatsächlich keinerlei Einnahmen aus seiner Wahlkommission erzielt habe. — Es würde zu netten Zuständen führen, wenn die Steuerbehörden allgemein so vorgehen würden. Uebrigens, wenn die Veranlagungskommissionen aus nur den hohen Eifer in der Erfordernis der Vermögens- und Einkommensverhältnisse

in den agrarischen Kreisen anzuwenden würden, könnten Staat und Gemeinden jährlich viele Millionen Mark mehr an Steuern einnehmen.

**Fünf Mark Geldstrafe pro katholischen Feiertag!** Eine neue allerliebste Seite der preussischen Feiertagsordnung wurde dieser Tage vor dem preussischen Schöffengericht entdeckt und ausgeprobt. Am Tage von Maria Verkündigung arbeiteten auf dem Gute Johannsburg die katholischen Arbeiter, soweit sie Ausländer waren, nicht. Als das einheimischen Landvolk, die ebenso gute Katholiken sein wollen, sahen, erklärten sie mittags dem Schöffe, daß sie nunmehr auch den Feiertag beiligen und das Arbeiten einstellen würden. Der hatte als Glaubensgenosse nichts dagegen einzuwenden und erklärte, dem Inspektor die Meldung zu erstatten. Das hat er auch getan, denn einige Tage später erhielten die katholischen Arbeiter je einen Strafbescheid über fünf Mark wegen Arbeitsverweigerung. So viel Christentum war selbst den frommen Katholiken zu ora. Sie suchten und fanden den Weg in den freien Landarbeiterverein, der nunmehr gerichtliche Entscheidung über diese christliche Frage beantragte. Der Amtsamwalt hielt das Vergehen der Arbeiter für erwiesen, denn die preussische Feiertagsordnung spreche nur davon, daß den Arbeitern die Sonntage genährt werden müssen. Die Ausländer hatten sich ihre katholischen Feiertage kontraktlich gesichert, in der preussischen Feiertagsordnung aber steht nichts davon. Da es sich aber um eine Gott wohlgefällige Arbeitsverweigerung handelte, beantragte er die Mindeststrafe von 1 Mark! Von dieser Verurteilung rettete die Landarbeiter nur der Umstand, daß sie ihre Absicht vorher dem Schöffe mitgeteilt hatten, und dieser seinen Einspruch erhob. Die Strafen der Arbeitsverweigerung, die die Feiertagsordnung vorsieht, war deshalb nicht ganz erfüllt, und es mußte Freisprechung erfolgen. — Sätten die Leute ihren katholischen Feiertag ohne besondere Erlaubnis gefeiert, dann konnte sie nichts von der Strafe retten — dafür sorgt die vom Zentrum mit vieler Liebe behütete Feiertagsordnung! Leider war es uns nicht möglich zu ermitteln, ob der Gutsherr vielleicht auch ein frommer Katholik ist.

**England.** **Parlament und Zunderkonvention.** Aus London wird gemeldet: Im Laufe allgemeiner Erörterungen vor der Veranlagung des Hauses bestanden mehrere Mitglieder den Rücktritt Großbritanniens von der Zunderkonvention zur Sprache. Parlamentsuntersekretäre Meland erklärte, der Austritt Englands sei das unvermeidliche und natürliche Ergebnis des Weltstillstands, der vor einigen Monaten bezüglich der Ausfuhr des russischen Zunders gefaßt worden sei. Er glaube, es sei jede Aussicht vorhanden, daß die Zunderkonvention bestehen bestehen werde, soweit die kontinentalen Länder in Betracht kämen, und er glaube nicht, daß für die Wiedereröffnung des Bräunungsstillstands irgend welche Wahrscheinlichkeit vorhanden sei. Kautsch erklärte: Die Bedeutung des Rücktritts Englands von der Konvention ist sehr übertrieben worden. Der Austritt bedeutete vom praktischen Standpunkt inbezu auf unsere Politik nicht zu viel. Wir sind ausgegliedert aus der Konvention gemäß einer endgültigen und ausdrücklichen Versicherung, die wir im letzten Jahre gegeben haben, und in welcher gesagt war, daß wir der Konvention nicht länger angehören würden, wenn in der Verwaltungskonferenz abgelehnt werden sollte, eine gewisse Menge russischen Zunders auf den europäischen Markt zu bringen. Wir geben diese Erklärung ganz offen ab, erhielten aber eine unsem Gesuchen außerordentlich wenig entsprechende Antwort.

**Türkei.** **Die Pläne der Jungtürken.** Die Jungtürken rüsten sich zum Kampf. Allen Komitees in den Provinzen wurde aufgetragen, die Getreuen um sich zu fassen und sich für Befreiungen des Zentralomitees bereit zu halten. Sie sollen die der Regierung feindlichen Mitglieder der aufgelösten Kammer als Kumparlament in Saloniki versammeln und wollen ein eigenes Kabinett bilden. Das Komitee hält an der Auffassung fest, daß Ghaji Mukhtar Ministerium nach Vereilung des Ministereuoms nicht die Kammer parlamentarisch und konstitutionell nicht mehr besteht. Für das geplante juristische Gegenkabinett ist Allim Bey, der Minister der Neuern in der Regierung Said Pashas, als Großweiser ausersehen. Talaat, der leidenschaftliche Parteimann des Komitees, soll Minister des Innern werden. Die Worte ergreifen sofort, nachdem sie von den Absichten der Jungtürken Kenntnis erhielt, Mahjabin, um die Teilnehmer des Gegenkabinetts unmittelbar nach seiner Konstituierung zu verhaften.

**Politische Notizen.** Nach einer Mitteilung der „Welt“ wird das Reichsmarineamt im nächsten Etat eine höhere Befoldung der Befahrung der Unterseeboote (für die Mannschaften 30—40 Mfg. täglich mehr), sowie Mittel für eine Erweiterung der U-Boote-Bestellungen in Höhe von 8 Millionen Mark ansetzen. — In Wälst findet vom 21. bis 24. Oktober der internationale Kongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels statt. — Der Gouverneur von Kalifornien, Johnson, ist zum Vizepräsidenten des Landes bestimmt worden. — Der Senat der Vereinigten Staaten hat mit 44 gegen 11 Stimmen einen Abänderungsantrag Burton zu der Panamanafahrt abgelehnt, der die vorgelegene Befreiung der amerikanischen Kriegsschiffe von der Erlegung der Romsgeheimnisse befreit. — Darauf hat sich der Senat vertagt, über den Gegenstand im ganzen abzustimmen. — Der belgische Kriegsminister, General Miquelot, hat bereits mit der Reorganisation und der Vergrößerung der belgischen Armee begonnen. Er hat die Bildung von 18 neuen Irregulären ausgefüllten Bataillonen angeordnet, die so bald als möglich formiert werden sollen. — Ueber Saloniki ist der Belagerungsstand verhängt worden. Die Regierung verhängte aus über Adrianopol und Smyrna den Belagerungsstand wegen der Kapitulation der dortigen Kommandanten.

### Surchtbare Bergwerkskatastrophe. 103 Arbeiter tot.

Unter den deutschen Bergleuten hat der Tod wieder einmal reiche Ernte geerntet. Fast zur selben Stunde als der deutsche Kaiser im Kruppischen Fabrikum in Essen die „großen sozialpolitischen Verdienste“ der Annonenfirma um ihre Arbeiter in schwingenden Worten feierte, hat sich, wie wir gestern abend bereits durch Extrablatt mitteilen, auf der Höhe „Lothringen“ im Paderbener Bezirk eine sehr schwere Schlagwetterexplosion ereignet. Ein heute morgen hier eingetroffenes Telegramm belagte, daß nach der amtlichen Auskunft 103 Tote, zwei Schwer- und drei Leichtverletzte der Katastrophe zum Opfer gefallen sind.

Ueber die Ursache des Unglücks gibt die Zechenverwaltung folgende Darstellung:

Die Art der Schlagwetterkatastrophe auf „Lothringen“ ist, da sie sich auf zwei Meierei ausdehnte, eine ganz außerordentlich schwere. Die Explosion hat uns um so mehr überrascht, da gerade dieses Bergwerk mit den modernsten Zecheneinrichtungen versehen ist, die bis jetzt sich ausgezeichnet bewährt haben. Gerade die Zechen „Lothringen“ ist bis heute von derartigen Unglücksfällen verschont geblieben. Ueber die Ursache läßt sich nichts genaueres feststellen. Wir nehmen an, daß die Explosion vielleicht die vom vorzigenen Abtun eines Sprengschusses auf Zohle 4 sich ereignet hat, wodurch ein sogenannter Wäfer entzündet wurde. Durch die Explosion wurden die Schächte 1 und 2 sofort in Brand gesetzt. So ist möglich, daß eine Gasauwele, wie sie manchmal überausend unter Tage auftreten, durch einen Sprengschuß losgerissen und entzündet wurde. Bis jetzt sind auf „Lothringen“ nur kleinere Brände, wie sie in jedem Bergwerk vorkommen, aber noch keine Schlagwetterexplosionen verzeichnet worden.

Die Explosion geschah gestern vormittag gegen 10 Uhr. Ueber die Vorgänge nach derselben wird aus Gerte, dem Deimatsdorf der Zechen und ihrer Arbeiter gemeldet: Die Rettungsaktion hat sofort eingesetzt. Die gefährdeten Leichen sind zum Teil entseelich verstimmt und bilden eine bräunliche, verfestete Masse. Den meisten fehlen einzelne Glieder. Vielen ist der Kopf vom Kumpfe abgerissen. Die Sachverständigen angeben, fanden die Opfer der Katastrophe den Erstfindungstode und sind erst dann verbrannt. Die Leichen der Vergleute sind bis zur Unkenntlichkeit entstell. Eine Rekonstruktion ist bei den meisten vollständig ausgeschlossen. Erst durch Feststellung der Kontrollisten kann angegeben werden, wer der Explosion zum Opfer gefallen ist. Doch hat die Zechenverwaltung bis jetzt keine Namen veröffentlicht.

Die Bergungsarbeiten stößen auf große Schwierigkeiten, da ein Teil der Strecke zu Bruch gegangen ist (d. h. eingestürzt ist). Als der Handelsminister und der Oberpräsident soeben den Schluß der Katastrophe verließen, wurden sie von der Menge, die drängen in stummer Erwartung umherstand, sehr läßig begrüßt.

Ein Mitarbeiter der „Reier-Zeitung“, der mit der Rettungsaktion einfaht, meldet folgendes: Wir waren 16 Mann im Förderboje unter Leitung des technischen Direktors Gehres. In allen Gängen liegt dichter weißer Qualm. Die Gänge selbst sind durchlöcherig. Die schweren Stempel sind wie Streichhölzer geknickt. Die Kohlenwägen, die sogenannten Hunde, sind aus den Gleisen geworfen und sperren den Weg. Die Schienen sind aus dem Boden gerissen. Die Luftzuführungsleitungen sind vollständig platt gedrückt. In einzelnen Stellen ist das Gänge auf den Weg gestürzt und wird von den Rettungsmannschaften fortgeräumt. Weiter im Bergwerk ist durch die Gewalt der Explosion wieder ein großer Teil der Strecke zu Bruch gegangen. Vor dem Schachtplage, der polizeilich abgeperrt ist, spielen sich gräßliche Szenen ab, wenn die Leichen heraufgebracht werden. Die Wehrhölzer der draußen stehenden Bergarbeiter, und politischen Kindern.

Das letzte uns zugegangene Telegramm belagte: Der Zechenplaz ist noch immer von Tausenden umlagert. Alles steht unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophe. Der erste wilde Jammer hat sich gelegt, und dumpf wie hypnotisiert, schauen die Angehörigen auf die Schutthalben. Vor den Geldern steht Auto an Auto. Bergarbeiter und Tagelöhner umlagern die Tore zu den Schuppen, die zur Leichenhalle oder zu einem Hospital umgewandelt worden sind. In dem einen Schuppen sind drei Kerate mit den Verwundeten beschäftigt. Die meisten sind mit schweren Brandwunden bedekt und bemuthlos. Die Kerate fischen ihnen Milch und Sauerkraut ein. Soeben sind die Rettungsmannschaften der Zechen „Theilung Eibe“ unter Leitung des Wanddirektors Kuhlhaus Gelsenkirchen eingetroffen. Die Verwundeten, die transportfähig sind, werden in Kraftwagen nach dem Bergmannsheil in Wodum gebracht. Soeben wird die Verlustliste bekannt gegeben. Danach sind der Schlagwetter- und Kohlenhaub-Explosion 103 Tote, darunter zwei Steiger, zwei Schwerverletzte und drei Leichtverletzte zum Opfer gefallen.

Das Steinkohlenbergwerk „Lothringen“ umfaßt mehr als 6 Millionen Quadratmeter. Es markiert sich mit einer ganzen Reihe bekannter Bergwerke, so mit „Konstantin dem Großen“, „Erin“, „Jollern“, „Erin von Breußen“. Die Abteufung des ersten Schachtes begann 1872. Die Kohlenförderung wurde 1880 aufgenommen. Erst 16 Jahre später trat der zweite Schacht in Betrieb. Mit dem Abteufen einer dritten Schachtanlage wurde 1901 begonnen. 1910 begann man in der Gemeinde Gerthe-Dittrop zur Anbahnung des westlichen Grubenfeldes mit der Abteufung eines vierten



Aus aller Welt.

Wie es in einem Zirkelhaus auf dem Lande aussieht. In Stolp in Pommern unterhält der Kreis ein Zirkelhaus, in dem alle alleinstehende Männer und Frauen gegen eine geringe Entschädigung ihren Lebensabend verbringen können. Das wird als gewollte soziale Tat angesehen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? In der Frauenabteilung bewohnt eine Frau eine Stube, in der sich drei Klosetts befinden, die nur durch Treppen von einander getrennt sind. Diese Klosetts sind des Öfteren unridlich, so daß fast ausschließlich Arbeiter sie in Ordnung bringen müssen. In diesem Raum wohnt und schläft die Frau. Wer aus der Klosetts benutzen will, muß die Wohnung durchschreiten. Keine Zirkelhäuser!

Eine Falschmünzerveranstalt. In Ottweiler sind drei Verbrecher verhaftet worden, die schon lange Zeit ein einträgliches Geschäft als Falschmünzer getrieben haben. Dieser oder nicht aufgefallen waren. Im Keller des Hauses, das die drei Verbrecher bewohnten, entdeckte man eine regelrechte Falschmünzerveranstalt. Wie an Ort und Stelle festgestellt werden konnte, stellten die Falschmünzer neben Kronen und Doppelfronen in der Hauptsache fünf- und zweimarckstücke her. In den benachbarten größeren Städten wurde das Geld abgesetzt. Fünf Beamte drangen in die Wohnung der Falschmünzer ein, um sie festzunehmen. Bald hatte sich ein heftiger Kampf zwischen beiden Parteien entpinnert. Schließlich gelang es den Beamten, die von ihrer Waffe Gebrauch gemacht hatten und einen der Verbrecher ver wundeten, die Verbrecher zu überwältigen und in das Amtsgericht Ottweiler abzuführen. Verhaftet gehören die Falschmünzer dem Bergmannsstand an. Man vermutet, daß sie mit den kürzlich in Mainz verhafteten Falschmünzern in Verbindung stehen.

Keine Tageschronik. Inzwischen richtet im Kanton Tessin gewaltigen Schauern an. Die Götterdämmerung zwischen Matagija und Melan durch große urtümliche unterbrochen worden. Der Verkehr wird durch Unstetigkeiten ansecht erschwert. In Kairo fürchte ein verheerendes Erdbeben ein. Ein furchtbarer Wirbelsturm richtete in der Gegend von Gálara (südliche Türkei) große Verwüstungen an. Der Schaden wird auf zwei bis drei Millionen Francs geschätzt; viele Menschen sollen umgekommen sein. In ganz Spanien herrscht unglückliches Wetter. Seit dem Beginn des Sommers hat es in ganz Spanien noch keinen einzigen heißen Tag gegeben. In San Sebastian und Unagena, wie an der ganzen Nordküste entlang fällt der Regen schon tagelang in Strömen. Wärdet hat Vorwetter. Aus Socia werden Schneefälle gemeldet. — Ueber Amster in England wird berichtet, daß die Meie der Westmanlandberge mit einer dichten Schneedecke bedeckt ist. In verschiedenen Teilen des Landes, so auf der Insel Wight, ist die Temperatur auf 3 bis 4 Grad unter Null gesunken. In Derbyshire sind ähnliche Teile und Seen mit einer dünnen Eisschicht bedeckt. In Westmoreland konnten die Feldarbeiter die Ernte wegen des hohen Schnees nicht einbringen. Am Kanal herrscht Stauwasser. In London selbst regnet es andauernd. — In der Schiffschraube bei Neuenburg a. Rh. ist ein kleiner Steiner Steinbock mit vier Mann Besatzung wegen Ueberfüllung gekentert. Von den vier Tinseln konnten zwei gerettet werden, während die beiden anderen ertranken. Es sind Familienmitglieder mit zwei bzw. neun Kindern. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden. — Bei der Festung darmeis in Galmersheim stellte sich der 27jährige Arbeiter Strodenbauer und gab an, sich an dem Raubmord der Rentiere Kinder in Bayernburg beteiligt zu haben. Die Verurteilung des Mannes habe sein Komplize, den er nicht näher kenne, ausgeführt. — Auf der Lühndingstraße bei Antonienhäute verlorste gestern die Vermögensverwaltung des Fiskus. 8 Begleitete führten die Leiche. Einer war sofort tot, die sieben anderen trugen schwere Knochenbrüche davon. — Seit Mitte Juni ist der Völkerverkehr in Västana (Schweden) zum Stillstand gekommen. Die Meeresschiffe sind bei einer unerwartet vorgenommenen Revolution ca. 10000 Mann. — Auf der Zuliegrube bei Jädrje wurde der Bergmann Oehmman durch einfallende Roggenkörner getötet. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. Mehrere andere Arbeiter konnten sich retten. — Nach dem Besuch von Wägen sind beider konnten sich retten. — Ein Mann im Alter von 3 und 12 Jahren unter Bergsturzgefahren ertrank. — Aus Bayreuth wird berichtet: Am Dienstagabend manipulierten ein Leichnam des Tagesleiters einen Zug in der Werkstätte mit einer geladenen Schusswaffe. Während ein Schuß los und traf den zwölfjährigen Sohn des Zug in die Seite. Der Knabe starb bald darauf. — Ein Witwenabend fuhr an einem sehr belebten Punkte an Rotterdamm bei dem dortigen Polizeigebäude ein Automobil in das Wasser. Einer der Insassen und der Chauffeur ertranken. Aus Tretum ist in Dover eine deutsche Touristengruppe wegen 1777 Spionageverdachts mehrere Stunden verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden. — Der Paulanermissionar Damojo Maccho, der wegen seiner Schandthaten im Kloster Genliohoku zu zwölf Jahren Joangsarbeit verurteilt worden war, soll im Juli dieses Jahres freigesprochen worden sein.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Aug. Unter dem Verdacht des betrügerischen Bankrotts wurden die Brüder Rudolf und Max Schimader verhaftet. Es soll sich um veruntreute Summen von mehreren 100 000 Mark handeln.

Berlin, 9. Aug. Der Wetterzug der letzten Tage und die wolkenbruchartigen Regen haben in der Provinz Böden schweren Schaden angerichtet. Es wurden vornehmlich die Feldarbeiten, welche in vollem Gange waren, gehöhrt.

Korrai (Rumänien), 9. Aug. Ein Petroleumbehälter, das täglich 600 Waggons Petroleum lieferte, ist in Brand geraten. In kurzer Zeit grieten auch 6 weitere Behälter und 6 riesige Sammelbecken in Brand. Mehrere Menschen haben ihr Leben eingebüßt. Das Feuer ist noch nicht gelöscht.

Wetterbericht für den 10. August.

Schwachniedrig, geringe Wärmeabnahme, wechselnde Bewölkung, verbreierte meist leichte Niederschläge.

Arbeiter, agitiert für ihre Zeitung!

Verantwortliche Redakteure: Ant. Palmit, Runkelstein und den übrigen Teil: Josef Richter; für Lokal: Ester Häntlich Verlag von Paul Dug, Rotationsdruck von Paul Dug & Co. in Nürnberg.

Dierzu eine Beilage.

Die Wichtigkeit solcher Aufklärungsarbeit erhellt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in allen Kulturländern 77 bis 100 Prozent aller Kinder jahronft und in ihrem Grunde wiederum 14 bis 30 Prozent aller Säuglinge krank sind. Die Behandlung der Schulkinde beginnt von unten an und wird zunächst in den unteren Klassen systematisch durchgeführt. In Strösburg werden bereits schon die Kinder der Kleinkinderschulen im Alter von drei bis sechs Jahren dem Schulgarnatur kostenfrei vorgeführt und von diesem systematisch behandelt. Dann schließen sich die unteren Schulklassen an, und aus den oberen Klassen wählt der Schularzt oder die Schulärztin in erster Linie nur diejenigen Kinder aus, deren Gesamtzustand eine Behandlung nötig macht. Jedes Kind erhält bei der erstmaligen Untersuchung eine Karte, auf der alles weitere eingetragen wird, und aus der die Entwicklung der Krankheit, ihr Fortschreiten oder ihre Heilung schnell ersehen werden kann.

Auch die Schüler der Fortbildungsschulen haben das Anrecht auf freie Behandlung in der Schulärztin, ferner aber, und damit greift die Strösburger Schulärztin in erster Linie über den engen Bereich der Schule noch hinaus, die Wasser- und Seberlebringe, die in ihren Vereinen der Gefahr der Kleinergiftung in besonderem Maße ausgesetzt sind.

Die Erfahrungen der Schule bestätigen, daß infolge der zahnärztlichen Behandlung in den Klassen Schulärztinnen wegen Zahnschmerzen fast ganz aufhören, daß die Schulärztin überaus Zeit zurückgeben, und daß durch die Behandlung weniger Zeit verstrichen wird, als früher durch Zahnschmerzen und ihre Folgeerscheinungen. Sicher ist, daß mit der Zeit die Bedeutung der zahnärztlichen Schulärztin in noch weit höherem Maße zutage treten und in den größeren sozialen Wohlfahrtsanstaltungen fühlbar werden wird, da die Krankenkassen und die Krankenhäuser durch die Arbeit der Klassen Entlastung erfahren. Freilich dürften, damit voller Erfolg zum Teile der Gesundheit des ganzen Volkes erzielt werde, auch diejenigen Stellen, welche die zahnärztliche Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung nach der Schulzeit, also vor allem Heer und Krankenkasse, übernehmen, nicht säumen, auch übererleits Einrichtungen zu treffen, welche die Schulärztin fortsetzen und ergänzen.

Zur Durchführung der in der Milchverehrungsfrage in der öffentlichen Versammlung gefaßten Resolution hält der Frauen-Verein und Distriktsklub morgen abend in den „Vier Jahreszeiten“ eine Versammlung ab. Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen ist bei der großen Bedeutung der Angelegenheit notwendig. Die Versammlung wird erst auf heute abend angelegt, kann aber infolge anberweitiger Besetzung des Lokals erst morgen stattfinden.

Zum Bürgermeist gewählt wurde in Lindow im Regierungsbereich Potsdam der seit Jahresfrist mit Erfolg in der hiesigen städtischen Verwaltung tätige Stadtschreiber Böhmisch.

Nach den Anarchisten die Sozialisten. Durch Handzettel hat der Sozialverein Rätlingen-Wilhelmsbader der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften aller Berufe für heute abend zu einer Versammlung nach den „Vier Jahreszeiten“ eingeladen. Es liegt natürlich keine Veranlassung vor, diese Sozialistenversammlung anders zu bewerten und zu behandeln wie die kürzlich von den Anarchisten einberufene. Welcher Art die Versammlung ist, welche dort verzapft werden soll, ist schon zur Genüge aus dem Handzettel zu ersehen, welcher verbreitet wurde. Es wird behauptet, die Arbeiterbewegung sei auf eine schiefe Ebene geraten und alle revolutionären Prinzipien würden verleugnet. Die Schäden des Zentralismus sollen in einer überhandnehmenden Macht des Führertums und der zunehmenden Willkürigkeit der Mitglieder bestehen. Zum Schluß wird aufgerufen, die Arbeiter sollen sich nicht von ihrem Führer beklüffen lassen, sondern zur Verwirklichung kommen. Bei den Sozialisten mag ja Disziplinlosigkeit an der Tagesordnung sein, aber bei der freigeorgisierten Arbeiterchaft ist man gewohnt, ausgegebene Parolen zu befolgen. — Hoffentlich läßt sich unser Freund in der Wilhelmsbader Straße die Gelegenheit im Traben zu Nischen nicht entgehen.

Das Tier aufgetrieben und die Pferde aus dem Stall geholt haben Angehörige des Jagen. Riederl. Jirus, der auf dem Schützenplatz gollierte. Der Vorfall des Unternehmens bestand sich beim Schloßter Stollen. Mit der Entschädigung für die Stollbenutzung hat es gebapert und als die Pferde nicht eher herausgegeben werden sollten, bis bezahlt war, hat man sich auf eigene Weise geholfen.

Wilhelmsbader, 9. August.

Poststation für die II. Minenschießbahn ist bis zum 11. August Cuxbuden, vom 12. bis 15. August Borkum, 16. bis 18. August Emden, für den 19. August Rorderne, vom 20. bis 25. August Hönnum, 26. bis 29. August Wilhelmsbader und vom 30. August bis zum 1. September Cuxbuden.

Eine neue Signalfarbe bei der Eisenbahn. Während bisher nur zwei Farben, nämlich rot und grün, bei den Signalen der Eisenbahn Verwendung fanden, ist jetzt noch eine dritte, ein leuchtendes Gelb, dazu gekommen, und zwar wird diese Farbe in Zukunft bei den Vorkignalen Verwendung finden. Bekanntlich befindet sich vor jedem Hauptsignal in einer Entfernung von 100 bis 500 Metern das Vorkignal, eine bisher grüne, große, runde Scheibe, an deren Stellung, je nachdem, ob sie leuchtend stehend sichtbar oder umgeklappt ist, der Lokomotivführer erkennt, ob das Hauptsignal auf „Halt“ oder „Freie Fahrt“ steht. Es hat sich ergeben, daß diese grüne Scheibe, besonders wenn sie bestaunt ist und gegen einen ungünstigen Hintergrund steht, häufig erst im letzten Augenblick vom Lokomotivführer bemerkt wurde. Dieser Umstand hat jetzt dazu geführt, die Vorkignale andersfarbig zu streichen, und zwar ist die neue Scheibe leuchtend gelb, fast orange, mit einem schwarzen Ring und weisem Außenrand. Bei Nacht ist das bisherige grüne Licht der Vorkignale durch zwei gelbe, schräg übereinander stehende Lichter ersetzt.

Erhöhtes, der mit dem zweiten durchschlägig ist. Die Besche beträgt 250 Tzerer. In den Anlagen gehören Leer- und Ammoniakfabrik, eine Benzolfabrik sowie eine Salpetermineralwasserfabrik. Die Bescheidhöf liegt in den Jahren 1891 bis 1910 von 864 auf 2548, doch hatte sie in den Zwischenräumen bereits höhere Ziffern erreicht. Die Besche ist im Besitz der Gewerkschaft Röttingen, die dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenbund mit einer Beteiligung von 754 100 Tonnen Kohlen und 445 000 T. Stoks angehört. Die Gewerkschaft verteilt in den letzten drei Jahren eine Ausbeute von 1400 Mark für den Kur. Sie betreibt vier Schächte und fördert in der Hauptsache Zell- und Zellstammstoffe. Die Bescheidhöf beträgt durchschnittlich 2000 Mann.

Das Unglück von Gerte reißt sich in seiner Größe denen, die in den letzten Jahren auf deutschem Boden erlitten, an. Wieder sind ein gutes Hundert braver Bergarbeiter im Schwelme ihres Angehörigen in härtester Probe des Kapitals vom Tode habingekraft worden. Jährliche Witwen und Waisen sind des Vater und Ernährers beraubt worden. Zum persönlichen Schmerz, zum Verzeile reißt sich beim Proletariat eben immer noch das wirtschaftliche Notiz, die materiellen Sorgen treten als Folge solcher Katastrophen an die Hinterbeine heran; was bei den Bessersituierten nicht der Fall ist.

Es wäre überflüssig, wollten wir nach Art der bürgerlichen Blätter erst lange Klagen über das traurige Vorkommnis anstimmen; Borkommnisse, wie sie bereits zum täglichen Brot der Arbeiter gehören. Aber wie ein unerlöschliches Brandmal, wie ein ewiges Ruinzeichen bleibt es doch an den Grubenbergen und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft haften, daß sie, wenn es gilt, ihnen fühlend zum Tode umdrängen ihre Lage ein bißchen menschlicher zu gestalten, ihnen von ihren jährlichen Millionengewinnen nur ein Hundertteil zugumenden, sie jedoch den jetzt von ihnen bedauerten Annapen den schärfsten Widerstand entgegenzetten.

Als im Frühjahr die Bergleute in die Lohnbewegung traten, um zu fordern, weil in den letzten Jahren die Löhne zurückgegangen waren, da wurde alles mobil gemacht, um den Bergmann abzuweisen und ihn zu beten. Militär und Polizeiführer wurden aufgebieten gegen das „brave Armeekorps der Kohle“, von dem der deutsche Kaiser geteilt auf dem Kruppbanquet bei der Vermählung der kaiserlichen Kaiserin sprach. Und damit nicht genug, als die Bergleute mit den Radikalmitteln der Bourgeoisie unterjocht waren, da kam erst noch die heilige Justiz über sie und knickte noch hunderte von Größeren.

Seute aber werden alle diejenigen, die die Bergarbeiterbege und zum Teil auch solche Katastrophen verhindern, eine Kerkobitronne in ihren falschen Augen, derweil sie innerlich den Profiteuren berechnen.

Soziales.

Nürnberg, 9. August.

Die Bedeutung der Schulärztin.

In der „Komm. Praxis“ finden wir einen interessanten Aufsatz über die Schulärztin. Er zeigt zugleich, welche Einwirkung dieser Zweig des Gesundheitswesens, dessen Förderung in erster Linie den Kommunen zukommt, genommen hat und welche wachsende Bedeutung er besitzt. Es heißt in der genannten Zeitschrift über dieses Thema:

Würde die Ueberwachungsstelle des Deutschen Zentralkomitees für Zahnpflege in den Schulen im April 1911 insgesamt 78 Schulärztinnenstellen für Deutschland auf, von denen 83 hundertische Schulärztinnen sind, so ist seitdem die Gesamtzahl auf fast 100 gestiegen. Der für die 78 Schulärztinnenstellen im Jahre 1911 vorgesehene Gesamtjahresetat beträgt 301 450 Mark — alles in allem also schon eine recht respektable Summe! — und zwar werden davon rund 200 000 Mark als Gehälter für 162 Zahnärzte und 50 000 Mark für Betriebskosten aufgewendet. Im Genuß zahnärztlicher Fürsorge handeln 1914 rund eine Million Volksschulinder; gegenwärtig ist die Zahl sicher auf 125 Millionen gewachsen. In nicht ganz drei Jahren sind 36 neue Schulärztinnenstellen hinzugekommen; die Zahl der hundertischen Schulärztinnen und der angestellten Zahnärzte sowie die Summe der Jahreskosten hat sich in diesem kurzen Zeitraum verdoppelt.

Die älteste Schulärztin, und wohl auch seit ihrer neuen Einrichtung eine der schönsten in Deutschland, ist die Strösburger, die sich aus bescheidenen Anfängen emporgearbeitet hat, heute aber eine große Bedeutung besitzt. In der Monatschrift „Schulärztin“ hat der Leiter dieser Klinik, Professor Dr. Jessen, über die Erfahrungen, die er bei ihrem Betrieb gewonnen hat, in beachtenswerter Weise berichtet. Er betont mit Recht, daß jede Schulärztin, um volle Erfolge erzielen zu können, fähig sein muß, schon damit sie mit den maßgebenden Faktoren (Stadtverwaltung, Schulbehörde, Lehrerschaft und Schülern) Hand in Hand arbeiten kann. Unter gewissen Voraussetzungen mag es am Platze sein, statt der Stadtverwaltung unmittelbar zum Träger des Unternehmens einen Verein zu machen, ähnlich wie derartige vorläufige Arbeitsnadeln in größeren Städten existieren, doch sollte die Stadt neben der finanziellen Grundlage ihre Autorität zur Verfügung stellen, namentlich die Lehrerschaft zum Mitwirken für die gute Sache gewinnen. In Strösburg sind den Lehrern Hilfsmittel an die Hand gegeben, die sie in den Stand setzen, die Aufklärungsarbeiten im Sinne der Schulärztin durchzuführen. Die Grundlage bieten geeignete Schriften, Lesefleise in Schulbüchern, geeignete Anschauungsmittel in Gestalt von Wandtafeln und Modellen. Redet bewährt hat sich auch zur Erhöhung des Interesses weiterer Kreise für die Arbeit der Schulärztin die Einrichtung von Lichtbildvorträgen, in denen die Erkrankungen des Mundes, wie sie leider in breiten Schichten des Volkes heute die Regel bilden, ebenso wie ihre Heilung durch moderne Hilfsmittel vorgeführt werden, und in denen gezeigt wird, wie unter Umständen sogar durch die Sanierung des Mundes allein langdauernde Krankheit gehoben wird.

**M. Jacobs.**

# Schluss des diesjährigen Ausverkaufs

in einigen Tagen.

## Extra billige Preise!

**Herren-Anzüge**, wirklich schöne Sachen  
zu . . . . . 9 12 17 22 25 28 32 Mk.  
**Herren-Jackets**, weiß einzelne Sachen,  
zu . . . . . 1.05 6.50 8.95 Mk.  
**Herren-Stoff-Hosen**  
zu . . . . . 1.55 2.10 3.50 4.75 6.50 8 Mk.  
**Herren-Manschester-Hosen**  
starke Qualität, zu . . . . . 3.95 4.95 Mk.  
**Herren-Stoff-Westen**, aus Resten gemacht  
Stück zu . . . . . 1.45 1.95 2.50 Mk.  
**Gummi-Pellerinen** zu . . . . . 5.50 Mk.

Ein Posten **Normalhemden und Hosen**  
Stück zu . . . . . 0.95 1.20 1.65 2 Mk.  
**Macco-Hemden und Hosen**  
jetzt zu . . . . . 0.95 1.25 1.45 1.65 Mk.  
**Männer-Hemden**, glattgrau Barchent  
100 cm lang, gute Qualität, zu . . . . . 1.55 Mk.  
Ein Posten **weiße Leinen-Hemden**  
100 cm lang, zu . . . . . 1.45 1.75 2.20 Mk.  
**Herren-Sportvorhemden** mit Stehuhlenge-  
kragen, neueste Muster, zu . . . . . 0.45 Mk.  
**Gummi-Mäntel**, modifarbig, zu . . . . . 18 Mk.

25 Stück schwarze Rock- und Gehrock-Anzüge fabelhaft billig, zu 25 29 36 42 Mark.  
Anzüge nach Mass, prima Qualität, in bester Ausführung, zu . . . . . 44 46 49 Mark.

Die Schaufenster bitte zu beachten! Jedes Stück wird sofort herausgenommen.

### Neuenburger Hof

T. Jacobs Wwe., Inh.: Gebr. Jacobs.  
Parkstr. Neuenburg am Urmold.  
Telefon Nr. 47.  
Direkt am Bahnh. (400 Personen fassend), Veranda, zwei Regelbahnen,  
schöner großer Garten mit herrlichen Naturlaunen.  
Bei größeren Vereinen und Schulen vorherige Anmeldung erbeten.

### Deutscher Metallarbeiterverband

Augustisch.

Am Sonntag den 11. August ds. Jd.:  
**Sommer-Fest**  
bestehend in  
Festmarsch mit anschließender gemütl. Unterhaltung  
und nachfolgendem Ball.  
Eintritt zum Festmarsch nachmittags 3/4 Uhr  
bei dem Kollegen **Goemann** in Dengsthorde.  
Tanzband für Mitglieder 75 Pf., Nichtmitglieder 1.25 Mk.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**E. Goemann.** Die Ortsverwaltung.

### Wunderbar (Margarine)

Fl. 1.00 Mk.

ist feiner, wie gewöhnliche Landbutter. 5000 Liter  
Milch werden täglich in Arefeld, wo dieselbe her-  
gestellt wird, verarbeitet und eignet sich „Wun-  
derbar“ besonders für bessere Tafel und Küche,  
weil sie von feinerer Wolterebutter fast nicht zu  
unterscheiden ist. — Ein Versuch überzeugt.  
In Witzelshöfen zu haben nur in den

Kolonialwarengeschäften von Carl Rasche  
Ecke Kieler und Börsestraße und  
Ecke Moor- und Luisenstraße. :: :: ::

### Delmenhorst.

Deutscher Transportarbeiter-Verband,  
Ortsverwaltung Delmenhorst.  
Am Sonntag den 11. August 1912:  
**Fahnenweihe**  
auf dem Delmenhorster Schützenhof,  
verbunden mit Auszug und Volksbelustigung. Um 5 Uhr  
nachmittags großer Festball.  
**Karussell, Buden usw. vertreten.**  
Aufstellung zum Auszug 2 Uhr nachm. auf dem neuen Markt.  
Herren-Rarten im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 60 Pf.,  
Damen-Rarten 20 Pf., Festball-Rarten 10 Pf., Kinder frei.  
In diesem Feste ladet freundlichst ein  
**Das Festkomitee.**

### Distrikterklub für Sande u. Umgeg.

Sonntag den 10. Aug.  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Verammlung**  
im Vereinslokal.

- 1. Tagesordnung: —
  - 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
  - 3. Bericht v. d. Bundeskonferenz.
  - 4. Wahl eines Delegierten zum Parteitag.
  - 5. Verschiedenes.
- Es wird erwartet, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.  
Der Vorstand.

### Randonion-Klub Rültringen.

Sonntag, 10. August  
abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Verammlung**  
im Vereinslokal bei Buddenberg.  
Der Vorstand.



### Freie Turnerstaffel Rültringen.

**Der Nachtausflug**  
der Männer-Abteilung findet am Sonntag den 10. und Sonntag d. 11. Aug. nach dem **Wittmunder Wald** (Wirt Raes) statt. Die Turngenossen sowie Freunde ver-  
sameln sich um 7.15 Uhr abends im „Odeon“. Die Abfahrt erfolgt mit dem Zuge 7.55 Uhr von Rültringen aus. Auszug für alt- u. junger Turner, Turngenoss. u. Freunde sind herzlich willkommen.  
Der Turnrat.

Verreist bis 2. Sept.  
**Dr. med. Schmeden**  
Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten. Oldenburg.



### M.-F. Verein Einigkeit.

Witzelshöfen.  
Sonntag den 10. August  
abends 9 Uhr:  
**Siegerfeier**

im Vereinslokal Rühlengarten. Die Mitglieder werden freund-  
lich gebeten, sich zahlreich mit ihren Damen zu dieser Feier ein-  
zufinden. Der Vorstand.  
**Bürgerverein Accum.**  
Das Sommerfest findet um-  
ständlicher später statt.  
Wahrscheinlich wird noch bekannt  
gegeben.  
Sonntag den 10. Aug.  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Verammlung**  
beim Wirt H. Eggers.  
Biegen wichtiger Tagesordnung  
Erheben sämtlicher Mitglieder  
erwünscht. Der Vorstand.

### Bezirke 16, 17, 18.

(Städtlich der Friedentröhe  
bis Rültringen.)  
Sonntag den 10. August,  
abends 8 1/2 Uhr:

### Begritts-Verammlung

beim Wirt Guts, Wanderslust.  
„Bortrag.“

### Distrikt I Neuende

Bezirke 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9 u. 10.  
Sonntag den 10. Aug.  
abends 8 1/2 Uhr

### Distrikt II Neuende

beim Wirt Heinzen,  
„Zum Liebesbürger Hof“.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag.  
2. Neuwahlen.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Distriktsführer.

Durch Eingang grösserer Sendungen  
ist mein Lager in

## Kinderwagen u. Sportwagen

wieder komplet.  
Ich verkaufe zu bekannt billigen Preisen.

### J. Egberts Grosses Geschäfts-Haus.

## Die billigen Preise für Handarbeiten

gelten noch bis Sonntag den 17. August.  
Enorme Preisermäßigung! Günstigste Einkaufsgelegenheit!  
Neu eingetroffen: Ein grosser Posten  
Handarbeiten zum Verkaufspreis von 95 Pfg.

## Curt Tasse: Marktstr. 29b.

### Jugend-Ausflug

heute Freitag 8.30 Uhr  
Verhandlung.

### Frauen

Leise u. Distrikter-Klub  
Die zu heute Freitag angelegte  
Verammlung kann umständ-  
licher erst am

### Sonntag den 10. August

in den „Vier Jahreszeiten“ statt-  
finden. Es ist Pflicht aller  
Genossinnen zu erscheinen.  
Der Vorstand.

### Bürgerverein Neuende

**Nachruf!**  
Am Dienstag den 6. Aug.  
verstarb unser langjähriger  
Mitglied, Herr  
**G. Saueressig.**  
Der Verein wird seiner stets  
in Ehren gedenken!  
Der Vorstand.

### Danksagung.

Für die Teilnahme anlässlich  
der Beerdigung unserer lieben  
Pauline, lassen wir allen  
Freunden und Bekannten, sowie  
dem Herrn Pastor unseren herz-  
lichsten Dank.  
**H. Meier nebst Angeh.**



## Der diesjährige Parteitag.

Unser nächster Parteitag wird vom 15. Sept. ab in Chemnitz stattfinden. Der Parteivorstand hat folgende Tagesordnung aufgestellt:

1. Konstituierung des Parteitaages (Eröffnungsbred: Genosse Bebel).
2. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:
  - a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert;
  - b) Außenbericht. Referent: Genosse Braun.
3. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Baden.
4. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse G. Müller.
5. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.
6. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.
7. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.
8. Die Raiffeier. Referent: Genosse Pfannkuch.
9. Der Internationale Kongress in Wien. Referent: Genosse Wollenbuhr.
10. Anträge.
11. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3 sein, wenn sie entweichend den Bestimmungen des § 10 Absatz 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Genehmigung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Dele-

gierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Parteisekretär W. Kubitz, Chemnitz, Dresdener Straße 38.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

W. Pfannkuch, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3 versandt. Mit sozialdemokratischen Grüßen Der Parteivorstand.

## Flottenkonvention und Rüstungsfrage.

Wenige Wochen nach der deutsch-russischen Monarchenzusammenkunft von Baltischport reist der französische Ministerpräsident Poincaré nach Petersburg, um eine französisch-russische Flottenkonvention zum Abschluss zu bringen. Die „nationale“ Presse Deutschlands verhält sich zu dieser Angelegenheit so, daß ihre Beeinflussung durch das auswärtige Amt offenbar wird. Man hat sie erlucht, keine Entäußerung zu zeigen und seinen Värm zu schlagen — und das ist im Grunde auch ganz vernünftig, denn wenn die alldeutschen Radikalkompeten zu tönen beginnen, gibt es allemale für ganz Europa ein unangenehmes Konzert. Die Tatsache aber, daß das russisch-französische Bündnis trotz der Verdienlichkeiten von Baltischport einer neuen Festigung entgegenreist, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, und daß sie immerhin eine gewisse Benutzbarkeit erzeugt hat, beweist u. a. auch eine deutsch-amtliche Bescheidigungsnote, die aus Petersburg versendet wird und folgendes besagt:

Dem Vertreter von „Wolffs telegraphischem Bureau“ wird aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt, die Verhandlungen der Chets des russischen und des französischen Generalstabes trügen keinen aggressiven oder abenteuerlichen Charakter. Einige Pläne und Projekte seien ausgearbeitet und die Marinekonvention sei in technischer Hinsicht vorbereitet worden. Bis her sei die Konvention nicht unterschrieben worden; ihre Ratifikation hänge von endgültigen Besprechungen ab, die Ministerpräsident Poincaré über die politische Seite der Konvention in Petersburg vslagen wird.

Diese offiziöse Bescheidigungsnote bestätigt im Grunde, was bisher über die Angelegenheit berichtet worden ist. Daß die Konvention keinen aggressiven oder abenteuerlichen Charakter trägt, darf man ihr aus Wohl glauben, es ist dies die stehende Phrase, die beim Abschluß aller Bündnisverträge angewendet wird, und die auch insofern das Richtige trifft, als bei keiner Macht und Mächtegruppierung die Absicht besteht, einen Krieg vom Zaune zu brechen. Nichtsdestoweniger bleibt die russisch-französische Marinekonvention für die Flottenpolitik und die europäische Gesamtpolitik eine nicht unwichtige Sache.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich die deutsche Flottenpolitik bisher ausschließlich gegen England gerichtet hat — natürlich auch ohne jeden „aggressiven“ oder „abenteuerlichen“ Charakter. Als Ziel dieser Flottenpolitik wurde hingestellt, nicht England zu schlagen, wohl aber das Reich zur See so stark zu machen, daß England einen Angriff nicht

ohne weiteres wagen dürfte. An die Flotten Frankreichs und Russlands hat man dabei wenig gedacht, weil die Marine dieser beiden Staaten in keinem guten Ruf stand, beide in Schiffbau und Ausrüstung zurückgeblieben waren und Russland außerdem durch den unglücklichen Krieg mit Japan aus der Reihe der Seemächte so gut wie ausgeschaltet war. Das ist aber inzwischen anders geworden und wird im Laufe der nächsten Jahre noch ganz anders werden; denn beide Staaten sind mit großer Energie an den Ausbau oder Wiederaufbau ihrer Flotten gegangen, wofür die russische Duma noch in diesem Sommer ungeheure Summen bewilligt hat.

Die französisch-russische Flottenkonvention ist also nicht nur ein Beweis für die engen Beziehungen, die zwischen den beiden Konventionsstaaten bestehen, sondern auch dafür, daß sich beide als Seemächte wieder zu fühlen beginnen. Sie können miteinander verhandeln und Verträge schließen, weil jeder dem andern etwas zu bieten hat.

Ein Ablehnungsmandat, das durch seine Ungeldigkeit schon untreuefährlich formlich wirkt, ist in der vom auswärtigen Amt beeinflussten Presse verurteilt worden. Man wollte die Dinge so darstellen, als ob sich die französisch-russische Konvention gewissermaßen gegen England richte und als ob man dort über sie gar nicht erbaue sei. Man liegt die Vorstellung, daß sich die verbündeten Flotten Frankreichs und Russlands gegen England wenden könnten, doch für absehbare Zeit außerhalb jeder Wirklichkeit, und sie braucht die Engländer um weniger erschrecken, als auch dann die Ueberlegenheit der englischen Flotte gewahrt blieb. Wie wäre es aber im Falle eines Krieges mit der Triplicente? Dann hätte Deutschland zwei Meere gegen drei verbündete Flotten zu verteidigen, von denen eine allein, die englische, der deutschen Flotte bei weitem überlegen ist.

Für eine gewisse Zeit der Schlußfolgerung von selbst. Natürlich müssen noch mehr Schiffe gebaut, und das auch mit einem Landkrieg zu rechnen ist, noch mehr Soldaten eingestellt werden. Der Generalmajor Keim, der nächstens im alldeutschen Kolportagebuch als „Sprüchmacher“ auftreten wird, hat denn auch im „Tag“ sein Sprüchlein schon wieder fertig: „Trotz der Behrvoorlagen von 1911 sind solche für 1912 wieder um nötig, weil die von 1911 ungenügend waren.“ In dem hoffentlich nicht recht langen Leben des guten Generalmajors wird es sicherlich kein einziges Jahr geben, in dem nach seiner Ansicht nicht eine neue Behrvoorage nötig sein wird, weil die vom vorigen Jahre ganz ungenügend war.

Daß durch eine solche Schablonenpolitik das brennend wichtigste Problem nicht gelöst werden kann, muß bald auch dem Mindereinsichtigen klar werden. Es ist ja eine durch Wiederholung längst langweilig gewordene Wahrheit, daß die eben ebenso gut weiterritten können als die andern, und wenn man sich zum Trost in den natürlichen Strafzumods berief, so hält dieses Argument gegenüber dem neuesten statistischen Feststellungen auch nicht mehr stiel.

Nicht also in fortschreitenden Rüstungen liegt die Lösung, sondern in einer Neuorientierung der auswärtigen Politik, in der Beseitigung der Gegensätze zwischen Deutschland und den Westmächten, in der Beendigung des Rüstungskrieges durch einen ehrenvollen Frieden. Daß das Politariat diese Lösung wünscht, ist bekannt, ob die herrschenden

## Der Vogt von Sylt.

Roman von Theodor Rügge.

(17. Fortsetzung.)

### 15. Kapitel.

Die folgenden Tage waren ungemein unruhig und lebendig in Apenhagen, das mit Gerüchten aller Art gefüllt war. — Bald hieß es, der König wolle Vertrauensmänner berufen, die eine Verfassung ausarbeiten sollten, bald wieder, er wolle von nichts hören und habe diejenigen aufs härteste behandelt, welche eine Verbilligung über angenommen sein, der Stadtrat sich gewelgelt haben, eine Petition an den König zu schicken. Die Polizei sei tätig, die Presse werde aus schließlich bewacht, ein Artikel über Danemarks Hoffnungen in einem gelehrten Blatte sei sogleich mit Verbot belegt worden, der Verfasser werde verfolgt.

Vorhin hatte dem Staatsrat den ganzen Erfolg seines Geschlechtes mit dem Könige geschrieben und bei dem schließlichen Rate des Monarchen hinzugefügt, daß er ihn zu befolgen gedente. — Ohne irgend eine Reflexion beizufügen oder eine Entschuldigung zu versuchen, schloß er den Brief mit seinem Danke für die vielfache Güte des Königs, und mit der Bitte, ihm diese nie ganz entziehen zu wollen. Es war ein möglichst förmlicher, wohlgeleiteter Abschiedsbrief mit der vollsten Gemächtheit geschrieben, daß es das letzte sei, was geschrieben müsse. — Er atmete auf, als es vollbracht war. An Rina schrieb er kein Wort. Er nannte ihren Namen nicht, er erlaubte sich keine Andeutung, keine Klage, nicht die leiseste Erinnerung an das, was er verloren und was mit unabweisbarer Gewalt sich geltend machte. — Mit der Ruhe der Resignation überlegte er seine Entschlüsse und besaunete die Stürme seiner Seele, um jede Spur sorgfältig zu verbergen.

Er sandte den Brief ab und erhielt keine Antwort. Den ganzen nächsten Tag wartete er darauf in quälender Unruhe, und wie oft er sich auch sagte, daß eine Antwort überflüssig, und keine Antwort jedenfalls die bestimmte Antwort sei, und keine Antwort jedenfalls die bestimmte Antwort sei, so empfand er doch nach und nach erst die ganze Größe seines Lebens. Er mochte in einlamen Stunden der Nacht sich alles sagen, was er zu seinem Troste sagen konnte, unabhän-

gig von Rina, daß Rina ihn nie geliebt habe, daß er ein Spiel ihrer eiteln Träume und eines leichtfertigen Ehrgeizes gewesen sei, der sich darin gefallen, ihn der Welt und den Verhältnissen zum Trost zu sich empor zu heben, um ihn von sich zu werfen, als er ihr Knecht nicht sein wollte. Der Jern, den er dadurch in sich erregte, hielt nicht vor gegen den tiefen Schmerz, um sein verlorenes Glück, um Jahre voll Hoffnungen, um eine Zukunft, die wie eine Nacht ohne Sterne auf seiner Seele lag.

Als es ganz finster war, ging er auf Zeitenspfaden zu der Villa hinaus und setzte sich auf die Bank in dem kleinen Tempel auf der Höhe des Hügel, wo er so oft mit Rina gesessen hatte. Es war lautlos und düster weit umher. Dann und wann dröhnte es höll vom Meere herauf, das in phoborischen Wellen seine matten Wellen gegen das Ufer warf. Endlich trat die untergehende Sichel des Mondes blutigerot unter schwarzen Wolken vor und zitterte über ein paar Fenster des Hauses. Seine Augen besteten sich stark daran fest. Es war Rinas Zimmer. Er sah die weißen, tief herabgelassenen Vorhänge, es war ihm, als höbe ihre Hand sie auf, als läbe ihr blaßes, leidendes Gesicht ihn fragend und vorwurfsvoll an. Er sprang auf und streckte die Arme aus, aber leuzend lich er sie sinken. Das Haus lag tot und still, keine Stimme rief seinen Namen.

Als er am Morgen in seine Wohnung trat, war sein erster suchender Blick auf einen Brief gerichtet, welcher auf dem Tische lag. Es war hieoriger Post griff er darnach, doch neue Täuschung. Es war ein Brief aus Sylt, er erkante auf der Stelle die Handchrift seiner Mutter.

Ein weiches und mehmutvolles Gefühl erlachte Kornfen, als er die besorgten Worte las und eine Sehnsucht, wie er sie nie gefannt, füllte sich Herz in diesem Augenblicke nach dem stillen Herbe seines Vaters, nach der Raube von Schmirfbohnen mit ihren kühlen, breiten Blättern, und nach den treuen Armen, die dort seiner warteten.

„Meine Mutter!“ murmelte er von sich hin, „du hast es mir wohl gesagt. Sie sind falsch, viele Dänen, falsch in der Liebe, wie im Kriege heimtücklich und eitel. Ich wußte es und doch habe ich dir nicht glauben wollen.“

„Dein letzter Brief, Jens“, schrieb die Mutter, „hat uns gar wenig Freude gemacht. Es war so viel Nüchternheit und

Unzufriedenheit mit dir selbst darin, daß Lorenz Lese, der ich uns vorlas, bei einem Kopfschütteln blieb. — Gehst acht, Gvatter“, rief er, „Jens ist ein hoher Herr geworden, und kann ein noch größerer werden, aber es wird am Ende doch nichts daraus. Er ist nicht dazu gemacht, sich zu hüden, zu schmeigeln und zu fügen, sich rot und weiß anzutreiben, wie ein echter Daneborgsmann und uns mit Treten zu besen, wie ein solcher es rechtchaffen tun muß. Es liegt ein Stein in seinem Wege, will's Gott nicht, daß er die Beine daran zerbricht.“

„Dein Vater sprach etwas dazu von Antien, auf welchen dein Schiff liege, und von Wellen, die dein Tod weschlügen; aber, lieber Jens, ich weiß es besser, was dir fehlt. Es liegt bei dir im Herzen. Ich sehe es in jedem Worte, es ist etwas, was dich bange macht, da kümmtst allen Glauben und Mut zum Leben verlieren und meinen, es gäbe niemand mehr auf Erden, der an die festhielte mit Liebe und Treue. Wenn es das ist, Jens, so komm zu uns, mein Sohn. Ein Mutterherz ist treuer, als man sich's denken kann, und da ist keiner hier, der nicht Liebe und Trost, klare Augen und reinen Sinn für dich hätte. Komm noch Sylt, mein geliebtes Kind. Es ist mir, als wärst du krank geworden bei den vornehmen Reuten, und müdest gelang werden in unferer grünen Mark und Markt und Dänen. — Unter Weid ist endlich gestorben. Vielleicht machen sie dich dazu. O! Jens, wenn ich das denke, recht alles in mir vor Freude. Du, der Vogt von Sylt! Du, unser erster Mann im Lande, geebet von allen, geliebt von deinen Mitbürgern. Was könnte da alles geschehen von dir zur Hilfe und Besserung. Wenn dich die Dänen in Apenhagen zum Minister machten, oder meinetwegen gar zu ihrem Könige, es wäre mir wahrlich nicht bald so lieb, als wenn mein Jens Vogt von Sylt würde, und wiederkäme, um mit uns zu leben!“

„Ja!“ rief Kornfen, indem er den Brief links ließ. „Wäre es das, was übrig blieb von meinem Ehrgeiz, und dennoch — o, wie wahr, wie gut ist dieser Brief, wie treu heimelt mich jedes Wort an. Wohin könnte ich mich retten mit meinem wunden Herzen als zu dir, meine Mutter, in das Land meiner Väter, in das Land meiner Sehnsucht, dem ich alles opferte, was ich habe.“

In diesem Augenblicke hörte er draußen einen Bogen

Massen imstande sind, sie durchzuführen, bleibt strittig — die Zukunft wird es lehren. Erst am 6. August wieder hat die englische Regierung durch den Mund ihres Premiers ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, auf jede Anregung anderer Großmächte hin in eine neue internationale Erörterung der Nahrungfrage einzutreten, und am 30. Oktober wird in London unter dem Vorsitz von Graf Caselles eine bürgerliche deutsch-englische Verständigungskonferenz zusammengetreten. Solche Erklärungen und Konferenzen mögen auf die tatsächliche Entschärfung der Dinge wenig Einfluß üben, sie bleiben doch bedeutsam als Symptome der tiefen ätherischen Unzufriedenheit über den gegenwärtigen Zustand, die den größten Teil aller Völker erfüllt. Die Lebensmittelpreise steigen, schwer soziale Schäden erschüttern den Bau aller festgegründeter Staaten, das Wissen aber löst noch immer und immer wieder der monotone Ruf nach mehr Schiffen, mehr Kanonen. Die Arbeiterklasse liebt den friedlichen Fortschritt. Ihre Gegner treiben Sozialstrophopolitik innen wie außen.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Lübeck beschäftigte sich am Dienstag mit dem Parteitag in Chemnitz. Nach einander Debatte wurde ein Antrag angenommen, welcher sich gegen die geplante Errichtung eines Parteiaussschusses, gegen die Beitragsverhöhung, sowie gegen die Beschränkung der Rechte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und gegen einen evtl. Beitritt ausdrückt. Ferner wurde in einem einstimmig angenommenen Antrage schärf gegen die Sonderzusammenkünfte auf den Parteitag und gegen die Abhaltung der Eisenacher Konferenz protestiert.

Gewerkschaftliches.

30 russisch-polnische Arbeiter legten auf dem Gute Althof bei Barten (Ostpr.) die Arbeit nieder. Anstatt daß der Gutsbesitzer ihre Wünsche betrieblidte, drohte er ihnen, jetzt mitten in der Erntezeit, mit der Ausweisung, was die Leute in große Erregung versetzte. Man holte der Gutsbesitzer den Gendarmen, der die Arbeiter aufforderte, ihre Tätigkeit aufzunehmen. Dieser Aufforderung kamen sie nicht nach. Als eine Arbeiterin „offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt“ leistete und die anderen Arbeiter ein „drohende Haltung“ einnahmen, machte, wie die bürgerlichen Blätter melden, der Gendarm von seiner Waffe Gebrauch und zerstörte die angeregten Leute. Die Arbeiterin, die als „Mißleitende“ gilt, wurde verhaftet, während man fünf Arbeiter über die Grenze schaffte. Die anderen nahmen dann die Arbeit wieder auf.

Meine Nachrichten. Die Metallarbeiter haben im 8. J. n. e. r. Industriestrich eine umfassende Agitation für eine Lohnbewegung eingeleitet. — In mehreren Fabriken der märkischen Hauptstadt Berlin, des „Herrschlichen Wandersberg“, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen überreicht, über die die Fabrikanten zu verhandeln geneigt waren. Da künftige die separatistische Gewerkschaft den Feind von der Union der Textilarbeiter der Feindes abgetrennten Karrieren und nun drohten die Unternehmer eine Ausweisung an, wenn nicht sofort die geforderten Forderungen zurückgenommen würden. Das Auftreten der Separatisten hat eben den Schachmachern wieder das Kommando verblüht. — Die T. i. a. n. t. e. n. s. c. h. e. i. e. r. e. i. e. r. i. n. e. r. d. a. m. hat 630 Arbeiter ausgesperrt, nachdem der Verband der Diamantenschleifer die von dem Hause vorgeschlagene Forderung der Löhne um 15 bis 20 Proz. abgelehnt hatte. — In der Lederwarenfabrik von Jollschmann in W. a. b. (Langen) befinden sich seit dem 7. August sämtliche Portefeuillearbeiter im Streik. Die Firma verlangt in Berliner und Offenbacher Blättern Fortsetzung.

und Löschner. Um Fernhaltung des Zugangs wird deshalb streng erjudet! — Am 20. Juli reisten die V. r. e. s. s. u. r. g. e. r. P. l. a. s. t. e. r. e. r. den Unternehmern ihre Forderungen ein und stellen dann die Arbeit ein. Nach zwei Tagen bewilligten die Unternehmer, sogen jedoch am 2. August ihre Bewilligung wieder zurück, worauf die Arbeiter erneut die Arbeit einstellten. Das händliche Ingenieuramt will sich nun selber um Streikbrecher bemühen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es solche auch in Deutschland zu werden verjudet. — Es wird deshalb gebeten, Zugang fernzuhalten.

Sokales.

Rüstringen, 9. August.

District I (Stadtteil Reuende) hält am Sonnabend eine Versammlung ab, desgleichen die Bezirke 16, 17 und 18. Ersterer tagt im „Siebtsbürger Hof“, letztere bei Wirt Eilts, Wanderlust.

Die Filiale Rüstringen-Wilhelmshaven des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hält heute, Freitagabend, eine Mitgliederversammlung in Sadewassers Hotel ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Kollegen Reumann aus Bremen. Besonders auch aus diesem Grunde ist ein vollzähliges Erscheinen der Mitglieder Pflicht.

Der Bürgerverein Reuende tagt morgen Sonnabend im Reuender Hof.

„Wissenschaftliche oder religiöse Ausbildung?“ Unter dieser Ueberschrift haben in der „Wilhelmshavener Zeitung“ mehrere Rüstringer Artikel ein Eingeladent veröffentlicht. Grund dazu ist ein Erlass der hiesigen kathol. Kirchenbehörde an die Volksschullehrer dieser Konfession, in dem die katholischen Eltern ersucht werden, ihre Kinder auch an den Verkäufen noch mehr wie bisher an den Kirchenzeremonien teilnehmen zu lassen, und weiter, daß die Kinder schon vom achten Lebensjahre an möglichst vollzählig durch einen Lehrer zur Kirche nach der Kirche geführt werden sollen. Daß auf diesem Gebiete heute bereits mehr als übergenug geschieht ist bekannt und es ist bezeichnend, daß unter diesen Umständen die Kirchenbehörden noch enger ihre Kreise zu ziehen versuchen. Nun wird das aber doch einigen ansehend sonst ganz gut katholischen Eltern zu dünn und sie stellen die sehr zutreffende Frage, ob denn die religiöse Ausbildung der wissenschaftlichen — was wohl nicht streng wörtlich gemeint ist; sie meinen jedenfalls die praktischen Fächer; denn von einer bewußt wissenschaftlichen Erziehung der Jugend will man in katholischen Kreisen doch nichts wissen — gehen soll. Schließlich kommen die Einlieder zu folgender Darstellung: „Wenn unsere Kinder aber außer an den Sonntagen und vielen katholischen Feiertagen auch noch in der Woche in der Kirche vor der Schulzeit been und abends spät dort lateinische Gesänge üben sollen, dann wird ihnen sicher die Lernlust genommen. Die Schule ist dazu da, in erster Linie unseren Kindern die nötigen Kenntnisse zu geben (— wahr weltliche Wissenschaft —), damit sie im Leben überhaupt existenzfähig sind und dann hernach mag ein richtiges Maß Religionsunterricht auch in der Schule am Platze sein. In der Hauptsache ist die Kirche nur der Ort für Gottes Wort.“ Die Ueberlastung besonders der katholischen Schule mit religiösen Zeremonien ist einer gefunden und umfassenden Jugendberziehung nicht förderlich, das ist von freierdenklicher Seite und von uns schon unzählige male wiederholt worden; ohne daß es bei im Sinne der Kirche sich befindenden Leuten Würdigung gefunden hat. Es ist deshalb interessant, daß nun aus diesen Streifen selbst heraus gegen die Einschränkung der Jugendberziehung durch das religiöse drum und dran protestiert wird. Die „Protestanten“ werden jedoch ihrer Kirchenbehörde gegenüber energischer werden müssen; wenn sie Erfolg haben wollen;

dem diese ist nicht gewohnt, sich in religiöse Angelegenheiten hineinreden zu lassen, am allerwenigsten von den eigenen Anhängern. Am besten ist natürlich, die Schule von der Kirche zu trennen, um die erstere so von dem unnötigen Ballast der religiösen Dogmenlehre in jeder Beziehung zu befreien.

Postpakete nach den Vereinigten Staaten von Amerika waren bisher nur zugelassen, wenn der Wert des Inhalts 80 Dollar (336 Mark) nicht übersteigt. Vom 1. September ab fällt diese Beschränkung weg. Künftig können Postpakete nach den Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf den Wert des Inhalts versandt werden, jedoch müssen den Paketen im Werte von mehr als 100 Dollar (420 Mark) Rechnungen beigelegt werden, die ein Konsul der Vereinigten Staaten beglaubigt hat. Besteht eine solche Rechnung bei einer Sendung im Werte von mehr als 100 Dollar, muß der Empfänger bei Ankunft des Pakets in Amerika zunächst eineinkaufung stellen, wodurch die Ausgabingung der Sendung verzögert wird. Der Wert des Inhalts eines Postpakets darf vom Abfender nach wie vor nur in den Zollkassenerklärungen ersichtlich gemacht werden; Postpakete mit eigentlicher Wertangabe sind auch in Zukunft nicht zugelassen.

Einem Nachlassung durch den Wittmunder Wald veranfaßt morgen Sonnabend abend die Männerabteilung der Freien Turnerschaft Rüstringen. Die Teilnehmer versammeln sich um 7 1/2 Uhr im Vereinslokal „Odon“ (Wirt Fischer) und erfolgt die Abfahrt mit dem Zuge 7.55 von Rüstringen aus.

„Udler“-Theater. (Aus dem Theaterbureau). Auf die Gesandtschaft des Städt. „Das Drama einer Ehe“ machen wir nochmals aufmerksam. Am Sonnabend wird dasselbe noch einmal wiederholt. — Der nächste billige Operettenabend findet am Montag, den 12. August, statt. Zur Aufführung kommt „Hobset amüsiert sich“. Der Vorverkauf der Einlaßkarten ist eröffnet, jeder Platz — außer Gallete — ist nummeriert.

Verloren wurde Donnerstag abend auf dem Schützenplatz ein Portemonnaie mit Inhalt. Der Finder wird erbeten, dasselbe in unserer Expedition abzugeben.

Wilhelmshaven, 9. August.

Zum Verfassungsgefes für Angestellte haben jetzt die Minister die Behörden bestimmt, die bei der Ausführung des Gefeses mitzuwirken haben. Darnach ist der Regierungspräsident zuständig als höhere Verwaltungsbehörde. Die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde hat man in Städten über 10 000 Einwohner den Gemeindebehörden, im übrigen dem Landrat übertragen. Für die Provinz Hannover sind diejenigen Städte, auf die die revidierte Provinzialverwaltungsbehörde angewendet ist, als untere Verwaltungsbehörde zuständig. Ausgenommen sind die Städte Wunstorf, Elbigen, Neustadt, Wünnen, Bantzen, Bodenwerder, Worren, Burgdorf, Gifhorn, Wintzen, a. d. L., Löhden, Lannenberg, Otternhof, Luakenbrück, Welle und Giesh.

Handelsverkehr. Im ersten Halbjahr 1912 liefen 18 über 500 Registertons drutto große Handelsdampfer in den hiesigen Hafen ein. Sie brachten in der Hauptsache Stenlophen, Holz und Koppfsteine an. Unter den Schiffen führten 11 die deutsche, 4 die schwedische und je 1 die englische, holländische und dänische Flagge.

Für Imker! Der Finanzminister hat im Einvernehmen mit dem Reichskanzler (Reichskassamann) verfuhsweise genehmigt, daß zur Fütterung der Bienen im kommenden Winter und Frühjahr für jedes Bienensandvolk 5 kg Zucker, der zu mahlen und mit fünf Gewichtsteilen feinen Sandes zu vergällen ist, steuerfrei abgelassen werden. Die Ablassung darf nur in den Monaten August und September gefescht. Dem Antrage auf steuerfreie Ablassung ist eine Nachweisung beizufügen, aus der Name und Wohnort der Bienenwirte,

reichs heronrollen und halten, und gleich darauf klopfte es an seine Tür.

„Derr Statrat!“ sagte Kornsen überrollt.

„Ich komme selbst“, erwiderte Hammerstein, „und Ihnen, mein lieber Kammerherr, für Ihr Schreiben zu danken.“

„Es war das letzte, was mir übrig blieb, nachdem ich getan hatte, was ich meinen Grundhufen, meiner Ehre und Pflicht nach tun mußte“, sprach Kornsen.

„Mein Wort mehr darüber, liebster Freund“, rief der Baron, ihm freundlich die Hände drückend. „Sie haben entschieden. Die Sache ist beendet. Man kann streiten und leiten, so lange die Verhandlungen offen sind, aber nichts ist fruchtbarer, als gegen vollendete Tatsachen noch Einwendungen machen wollen. Ein fait accompli ist das Stiegel unter jedem Dokument, es läßt sich nichts mehr dagegen sagen; die Folgen nimmt jeder auf seine eigene Rechnung. Aber,“ fuhr er dann ebenlo lächelnd fort, wie in den Tagen der besten Ueberzeugung, „Sie haben Ihre Sache vortrefflich gemacht, ich muß Ihnen meine aufrichtige Bewunderung göllen. Der König hat von Ihnen die fürstlichen Dinge gehört. Sie haben ihm gesagt, was wohl noch nie einer ihm gesagt hat; dennoch ist er Ihnen so geneogen wie je vorher. Er nannte Sie heute noch einen aufrichtigen, handhabbaren Mann von Geist und Charakter, wie es wenige gibt, der leider nur durch seinen Standpunkt nicht ferner hier zu gebrauchen sei. Benutzen Sie die Gnade Sr. Majestät und tragen Sie recht bald auf Verlegung nach Schleswig, Gütstadt oder Kiel an.“

„Ich werde dem Könige heute noch ein Gesuch einreichen.“

„Sehr gut“, sagte Hammerstein, „aber es ist für den Augenblick nichts leer, was für Sie pochte. Der König hat sich Veridit erhalten lassen. Sie sehen, er hat selbst schon daran gedacht, Ihren Wünschen zuvorkommen.“

„Ich will den edlen Freunden, die für mein künftiges Wohl so besorgt sind, die fernere Miße sparen“, erwiderte Jens lächelnd. „Der Bogt von Zolt ist gestorben, ich möchte sein Nachfolger zu werden.“

Hammerstein sah ihn erkannt an. „Der Bogt von Zolt ist tot“, sagte er, „aber das ist eine Subalternstelle von geringer Bedeutung. Was wollen Sie damit? Der König

denkt daran, Sie als Statrat in die schleswig-holsteinische Regierung zu bringen, als Regierungsrat können einen nützlichen und mächtigen Wirkungskreis zu verleben, und wahrlich, ich sollte denken, ein Mann, der um seines Vaterlandes Rechte so viel getan hat, würde lieber in der Landesregierung Platz nehmen, als in dem öden Winkel bei Bauern und Fischern sitzen.“

„Dennoch siche ich dies vor“, erwiderte Kornsen. „Als Bogt von Zolt bin ich der Erste auf der Insel und kann mit Rat und Tat wenigstens im bescheidenen Kreise meinem Volke beistehen. Als Mitglied des Regierungskollegiums kann ich nichts als Befehle vollziehen, und wie Sie am besten wissen, Derr Statrat, kann die Regierung eben nichts tun, was in Kopenhagen nicht vorher wohl überlegt und approbiert worden ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Schillers Gebirne,

mit Ausnahme seines Schädels, sollen endlich wieder an der ursprünglichen Begräbnisstätte in Weimar zur Ruhe gebracht werden. Nach einem Entwurfe des Stadtbaumeisters Lehrmann wird sich das sogenannte alte Kastengebirne über dem ersten Grabe Schillers in einer historischen Form gleich einem kleinen Mausoleum wieder erheben. Hierdurch wird der historisch interessante noch vorhandene Rest des Jakobskirchhofes, der u. a. noch die Gräber von Lukas Cranach und Christiana v. Goethe enthält, eine neue Lebenswürdigkeit erhalten.

Eine Schwefelinsel.

In der „Bucht des Ueberflusses“ (Bay of Plenty), einer weiten Meerbusse an der Nordinsel von Neuseeland, liegt in ziemlich bedeutender Entfernung von der Küste die Weiße Insel (White Island). Im Gegensatz zu jenem Namen, haben sich diese Gesteine als wenig erträglich für den Menschen erwiesen, wie überhaupt die Nordinsel Neuseelands zwar eins der merkwürdigsten und

durch seinen Reichtum an Naturschauspielen lebenswüdigsten Gebiete der Erde ist, aber an wirtschaftlicher Bedeutung hinter der auch größeren Südinsel weit zurücktritt. Große Flächen des Innern sind wegen der mächtigen vulkanischen Erscheinungen und der häufigen Erdbeben für den Menschen unbenutzbar. Jene Weiße Insel soll nun aber eine besondere Ausnützung erfahren. Das Geland, das den Gipfel eines bereits erloschenen Vulkans darstellt und aus größerer Meerestiefe aufragt, besitzt nämlich sehr ausgedehnte Schwefelager, die nun in Bearbeitung genommen werden sollen. Hoffentlich bereitet die Insel ihren Ausbeutern nicht doch noch eine vulkanische Ueberlastung, aber es wird als ganz unwahrscheinlich zu bezeichnen ist, da sie gerade in der Verlängerung der Zone des Taupooses, der Tarawerapalme und der großen Geiler liegt, wo erst vor wenigen Jahrzehnten ein gewaltiger Ausbruch erfolgte, der leider auch das Weltwunder der roten Rieselfintertrasse in die Luft sprengte. Auch auf der Weißen Insel finden sich noch Geiler und andere heiße Quellen, die einen See im alten Krater speisen. Das Wasser des Sees hat infolgedessen einen ungewöhnlich starken Mineralgehalt. Die Lager enthalten der Schätzung nach wenigstens 750 000 Tonnen von zum größten Teil reinem oder wenigstens viel reinerem Schwefel als irgendeine andere ähnliche Abänderung der Erde.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 45. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Was dem Inhalt des Gefes eben wir hervor: Die neue Armee. Von Ernst Däumling. I. — Die neue Politik. Von A. Kautsch. (Fortsetzung). — Novalis' neue Rationalismus und die totale Bewegung in den Vereinigten Staaten. Von E. A. Kautsch (Kernort). — Kapitalismus und Judentum. Von W. von Novalis (Kernort). — Unterredung über ländliche Verhältnisse. Von Dr. Wilhelm Gramsch. — Literarische Rundschau: Karl Theodor von Czebegg, Finanzwissenschaft. Von sp. — Notizen: Koloniale Rechtspflege. Die Zahl der Automobile.

Ergänzungsheft der „Neuen Zeit“ Nr. 15: Zur Geschichte der Anfänge des englischen Trade Unionismus. Organisations und Kämpfe der englischen Arbeiter in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Von A. Wumpionisch. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportageur zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestimmt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Hg. — Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.







